

«Wir sind wie ein angeschossenes Tier»

Nach der italienischen Razzia in Schweizer Bankfilialen rechnet Rechtsprofessor Peter V. Kunz mit weiteren ausländischen Angriffen auf den Schweizer Finanzplatz. Kurzfristig gebe es keine wirksamen Gegenmassnahmen.

Das Vorgehen der italienischen Polizei gegen Schweizer Bankfilialen sorgt in der Schweiz für grosse Aufregung. Zu Recht?

Peter V. Kunz: Man muss in dieser Frage die juristische von der politischen Sicht trennen. Als Jurist muss ich klar sagen: Jeder Staat hat das Recht oder sogar die Pflicht, in seinem Hoheitsgebiet dafür zu sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden. Die Durchführung von Razzien bei Wirtschaftsunternehmen zu diesem Zweck ist nichts Ungewöhnliches und auch nichts Aussergewöhnliches.

Ist Italien legal vorgegangen?

Soweit ich sehe, ja. Das Schweizer Bankkündengeheimnis gilt nur innerhalb der Schweiz und nicht bei schweizerischen Banken im Ausland. Auch dass Italien nur Schweizer Banken aufs Korn nimmt, ist aus juristischer Sicht nicht heikel. Italien ist nicht verpflichtet, auch noch gegen französische

Wenn Italien legal gehandelt hat, ist doch alles gut.

Nicht ganz. Es ist rechtsstaatlich äusserst bedenklich, dass die Justizbehörden eines Staats für politische Zwecke instrumentalisiert werden. Das ist hier offensichtlich der Fall: Mit dem Einsatz der Steuerfahnder wird Wirtschaftspolitik gegenüber dem Finanzplatz Schweiz gemacht und gleichzeitig Machtpolitik gegenüber der eigenen Bevölkerung betrieben, die vor Steuerflucht abgeschreckt werden soll.

Gibt es Parallelen zum Vorgehen der USA gegen die UBS? Dort war die Einschüchterungspolitik ja erfolgreich. Die beiden Fälle hängen sicher miteinander zusammen. Die Razzien in Italien konnten erfolgen, weil die Schweiz bereits geschwächt ist – wie ein angeschossenes Tier. Noch vor ein paar Jahren wäre ein solches Vorgehen kaum denkbar gewesen. Aber nach dem Vorgehen der USA gegen die UBS und dem Nachgeben des Bundesrats gegenüber der OECD brauchte Italien nun nur noch auf den fahrenden Zug aufzuspringen.

Italien dürfte nicht das einzige Land sein, das den Druck erhöhen will.

Das ist richtig. Ich wäre überhaupt nicht überrascht, wenn zum Beispiel auch Frankreich bald gegen Schweizer Banken vorgehen würde. Italien und Frankreich haben beide zu wenig Geld und sind froh, wenn zusätzliche Steuereingelder deklariert werden. England und die USA sind dagegen vorrangig an einer Schädigung des Schweizer Finanzplatzes und einer Stärkung der eigenen Finanzindustrie interessiert.

Bundesrat Merz hat gesagt, er mache sich «keine Sorgen um die Zukunft des



Die italienischen Filialen der Schweizer Grossbanken erhielten am Dienstag ungebetenen, aber höchstwahrscheinlich legalen Besuch. Bild: key

Finanzplatzes Schweiz». Ist er so naiv oder versucht er gezielt, die Sache herunterzuspielen?

Es ist ganz offensichtlich, dass die Politik und die Bankenvertreter versuchen, die Affäre kleinzureden. Dass man versucht, weitere Aufregung zu verhindern, ist ja auch gut nachvollziehbar. Allerdings besteht die Gefahr, dass der Bundesrat weiterhin das tut, was er in der Vergangenheit

tat: den Kopf einziehen und warten, bis das Gewitter darüber hinwegzieht. Kurzfristig gibt es dazu keine Alternative. Trotzdem reicht das nicht: Die Schweiz muss die Beziehungen zu anderen Ländern wieder besser pflegen. Hier war man in der Vergangenheit offenbar etwas nachlässig. Nur eine aktive Politik und ein systematischer Vertrauensaufbau können die Probleme des Finanzplatzes lösen

– kurzfristig wirksame Massnahmen gibt es keine.

Muss man nicht einfach härter gegen Italien vorgehen?

Vergeltungsschläge, wie sie nun von gewissen Politikern gefordert werden, sind keine echte Option. Keine Arbeitsbewilligungen mehr an italienische Grenzgänger zu erteilen, italienische Lastwagen zu blockieren – das ist kein gangbarer Weg. Solche Massnahmen entsprechen vielleicht dem Bauchgefühl, sie sind aber eine Illusion und würden unser Land weiter isolieren. Die Schweiz ist ein Kleinstaat, der international nicht gut eingebunden ist, und hat als solcher kein wirkliches Druckmittel gegenüber Italien.

Welche Auswirkungen können die Razzien vom Dienstag für die Schweizer Banken haben? Angeblich kann pro nicht gemeldete Bankbewegung eine Busse von bis zu 20000 Euro fällig werden.

Ich gehe davon aus, dass Bussen nicht für die Schweizer Banken, sondern für die italienischen Kunden zum Problem werden könnten. Ich glaube nicht, dass die Banken in diesem Fall durch Bussen ernsthaft geschwächt werden können. Die Banken haben ein ganz anderes Problem, nämlich das Reputationsproblem. Über den Vorfall wird in der internationalen Fachpresse ausführlich berichtet, etwa in der «Financial Times» oder im «Wall Street Journal». Ausländische Kunden – nicht nur aus Italien – werden sich in Zukunft noch stärker überlegen, ob sie sogenannte Fluchtgelder noch auf ein Schweizer Bankkonto transferieren oder nicht lieber anderswohin verschieben wollen. Die Razzien von vorgestern sind also nicht nur ein Schweiz-Italien-Problem, sondern haben eine viel grössere Dimension.

INTERVIEW: CHRISTIAN GURTNER

Peter V. Kunz ist Professor für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bern.

«Die isolierte Schweiz hat kein wirkliches Druckmittel gegen Italien»



Peter V. Kunz

und deutsche Banken vorzugehen. Die Polizei braucht für den Einsatz nach italienischem Recht einen Anfangsverdacht, und man darf annehmen, dass dieser gegeben war. Etwas ganz anderes wäre es natürlich, wenn – wie gemunkelt wird – italienische Beamte in der Schweiz Steuerfahndung betreiben würden. Das wäre ganz klar illegal und strafbar.

«Es war das erste Mal, und es war höchste Zeit für diese Kontrollen»

ROM – Am Tag nach der grossen Razzia der italienischen Finanzpolizei sind gestern in Italien die Namen der betroffenen Schweizer Banken bekannt geworden. Nach Berichten italienischer Medien erfolgten die Kontrollen in Filialen der UBS, der Credit Suisse, der Banca della Svizzera Italiana (BSI) und der Pictet & Cie. Unangemeldeten Besuch der Guardia di Finanza erhielten aber auch italienische Banken mit Filialen in der Umgebung von San Marino.

Insgesamt haben bei der Grossrazzia am Dienstag 150 Beamte der Fi-

nanzpolizei 76 Bankfilialen unter die Lupe genommen. Allen untersuchten Banken drohen saftige Bussen. Mit den Kontrollen sollte abgeklärt werden, ob sich die betreffenden Institute tatsächlich an die Meldepflicht halten, die in Italien seit dem 1. Januar 2005 für sämtliche Finanztransaktionen mit einem Betrag von mehr als 1500 Euro gilt.

Von den kontrollierten Filialen seien bisher auffällig wenige solcher Meldungen an das italienische Finanzarchiv gelangt, schreibt der «Corriere della Sera». Dies habe sich auch

nicht geändert, nachdem das Finanzministerium am 24. September dieses Jahres in einem Zirkular allen Kreditinstituten die Meldepflicht nochmals in Erinnerung gerufen hatte.

«Es ist das erste Mal, dass wir die Meldungen dieser Finanzintermediäre kontrollieren, und es wurde auch Zeit», betonte der für die Aktion verantwortliche Vertreter des Finanzministeriums, Luigi Magistro.

Abgleich der Daten

Die Finanztransaktionen und Kundendaten der kontrollierten Filialen

sollen nun mit den Daten des Finanzarchivs abgeglichen werden. Sollte sich dabei herausstellen, dass Transaktionen nicht gemeldet worden sind, wird für das betreffende Institut eine Busse von 2000 bis 20000 Euro fällig – für jede nicht gemeldete Bankbewegung. Das Finanzministerium werde auch künftig «alle zur Verfügung stehenden Mittel» zur Bekämpfung der Steuerflucht einsetzen, betonte Magistro gestern.

Es ist offensichtlich, dass die Razzia am Dienstag in einem Zusammenhang mit der noch bis zum 15.

Dezember laufenden Steueramnestie steht: Mit derartigen Aktionen sollen italienische Steuerhinterzieher eingeschüchert werden, damit sie ihr Schwarzgeld auch wirklich von den Schweizer Konten abziehen und nach Italien bringen.

Das gleiche Ziel verfolgt Finanzminister Giulio Tremonti auch mit der Registrierung aller italienischen Autokennzeichen an den schweizerisch-italienischen Grenzübergängen und dem Ausspionieren italienischer Bankkunden in der Schweiz durch Zivilbeamte.

DOMINIK STRAUB

INKÜRZE

Tamedia verjüngt VR

ZÜRICH – Der Verwaltungsrat der Tamedia schlägt der nächsten Generalversammlung am 11. Mai 2010 die Wahl Martin Bachems in den Verwaltungsrat vor. Der 51-jährige Wirtschaftswissenschaftler ist seit 1995 Präsident des Verwaltungsrats der Ziegler Druck- und Verlags-AG in Winterthur, der Herausgeberin des «Landboten». Mit der Wahl Bachems verjüngt Tamedia ihren Verwaltungsrat im Sinne einer vorausschauenden Nachfolgeplanung.

Sal. Oppenheim verkauft

FRANKFURT/MAIN – Die Deutsche Bank übernimmt für 1 Milliarde Euro die Privatbank Sal. Oppenheim. Der Branchenprimus kauft 100 Prozent der vor 220 Jahren in Bonn gegründeten Traditionsbank. Damit baue die Deutsche Bank ihr Vermögensverwaltungsgeschäft in Europa deutlich aus, erklärte Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann. (red/sda)

US-Firmen sollen Finanzrisiken mittragen

In den USA sollen grosse Finanzunternehmen eine Steuer zahlen, aus der notleidenden Konkurrenten geholfen wird. Auch Grossbanken sollen bankrott machen dürfen.

BOSTON – «Steuerzahler dürfen nicht einfach dazu herangezogen werden, für Verluste zu bezahlen, die von Privatinstitutionen verursacht werden», schrieb Präsident Barack Obama an den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses, den demokratischen Abgeordneten Barney Frank aus Massachusetts. «Kein Finanzsystem kann effizient arbeiten, wenn Finanzinstitutionen und Investoren in dem Glauben handeln, dass die Regierung sie vor den Folgen ihrer Fehler schützen wird.» Nach dem Gesetzentwurf der Regierung soll ein Gremium geschaffen

werden, das sich auch gegen grosse und einflussreiche Unternehmen durchsetzen kann. In ihm wären die Notenbank Federal Reserve, der Einlagenversicherungsfonds FDIC und die Börsenaufsicht SEC vertreten. Dieser Rat würde darüber entscheiden, ob eine in Schwierigkeiten geratene Firma überhaupt gerettet wird. «Es ist wichtig, dass der Kongress die Abwicklung von Finanzinstitutionen aller Grössen erlaubt. Denn damit wird das «zu gross zum Scheitern» (too big to fail) endlich abgeschafft», kommentierte John Dearie, Geschäftsführer des Financial Services Forum, eines Verbandes von Spitzenmanagern.

Zehn Milliarden Vermögen

Weiter sollen Banken, Hedge-Funds und andere Finanzfirmen für die Verluste jener Firmen einstehen, die von dem neuen Rat zur Auflösung verurteilt werden. Sie würden damit gezwungen, die Risiken der Konkurrenten mit



US-Finanzminister Geithner. Bild: key

zu übernehmen. Ein Vermögen von mindestens zehn Milliarden Dollar wird nach Ansicht Franks sicherstellen, dass die Regierung sich aus dem grössten Teil des US-Finanzsektors

heraushält, der von den kleineren lokalen Banken gebildet wird.

Der Gesetzentwurf räumt der Fed auch grosse Möglichkeiten ein, die Gehälter in Banken festzusetzen, Bonuszahlungen oder Verschuldung zu beschränken. Die FDIC könnte Darlehen an Banken geben, um deren Zusammenbruch zu verhindern. Die Sparkassenaufsichtsbehörde OTS würde abgeschafft und die Unternehmen gezwungen, für den Fall eines Bankrotts eine Art «finanzielle Patientenverfügung» über ihr Vermögen zu unterschreiben. Der Ausschuss muss noch über die Vorlage debattieren, bevor er in das Gesetzgebungsverfahren des gesamten Kongresses gegeben wird.

Der Ausschuss hat letzte Woche schon neuen Regulierungen für die Hedge-Funds zugestimmt und eine Aufsichtsbehörde für Konsumentenkredite geschaffen. Sie soll besonders gegen Missbrauch bei Kreditkartendarlehen vorgehen.

JOHN DYER